

KUNSTCHRONIK

MONATSSCHRIFT FÜR KUNSTWISSENSCHAFT
MUSEUMSWESEN UND DENKMALPFLEGE

MITTEILUNGSBLATT DES VERBANDES DEUTSCHER KUNSTHISTORIKER E. V.
HERAUSGEGEBEN VOM ZENTRALINSTITUT FÜR KUNSTGESCHICHTE IN MÜNCHEN
VERLAG HANS CARL, NORNBERG

30. Jahrgang

Februar 1977

Heft 2

MITTEILUNG DES VERBANDES DEUTSCHER KUNSTHISTORIKER e. V.

PROTOKOLL DER MITGLIEDERVERSAMMLUNG AM 17. SEPTEMBER 1976
IN MÜNCHEN

Um 14.25 Uhr eröffnete der Vorsitzende, Herr Sauerländer, die Versammlung, die nach § 10 der Satzung ordnungsgemäß und termingerecht einberufen worden und beschlußfähig ist. 217 Mitglieder sind zur Versammlung erschienen. Der Vorsitzende verliest die Tagesordnung:

1. Bericht des Vorsitzenden
2. Kassenbericht
3. Entlastung des Vorstandes
4. Neuwahl des Vorstandes und des Beirates
5. Verschiedenes

Auf Anfrage sagt Herr Sauerländer, daß vier schriftliche Anträge zur TO. eingegangen seien, die unter TOP 5 behandelt werden sollen. Herr Lange-meyer schlägt vor, den Antrag, den er und Frau Held zur Berufssituation gestellt haben, als TOP 5, die übrigen unter TOP 6 „Verschiedenes“ zu behandeln. Herr Schweikhart möchte, daß der von ihm und den Herren Riedl und Schwager gestellte Antrag vorgezogen wird, da er nach kurzer Debatte verabschiedet werden könne. Auf Wunsch von Herrn Gosebruch verliest Herr Sauerländer die schriftlich eingegangenen Anträge zur TO.

1. Schweikhart, Riedl, Schwager: Stellungnahme des Verbandes zur Errichtung von Großkaufhäusern in Altstädten, speziell zu dem Projekt am Mainufer in Würzburg.
2. Maruta Schmidt: Unter Berufung auf § 10 der Satzung soll Abstimmung über einen eingereichten Beschlußentwurf betreffend die Überprüfung der politischen Treuepflicht von Angehörigen des öffentlichen Dienstes stattfinden.

3. Langemeyer, Held: Zur Berufssituation der Kunsthistoriker.
4. Gosebruch: Probleme der Gestaltung von wissenschaftlichen Tagungen und Kongressen.

Frau Schmidt wünscht, daß ihr Antrag zusammen mit dem Antrag Langemeyer, Held behandelt wird. Herr Gosebruch protestiert dagegen, daß sein Antrag, den er bereits bei der außerordentlichen Mitgliederversammlung in Nürnberg stellte, an den Schluß kommt. Die Versammlung entscheidet sich mit überwiegender Mehrheit für den Vorschlag von Herrn Sauerländer, den Antrag von Herrn Schweikhart im Anschluß an seinen Bericht zu behandeln. Ferner spricht sich die Versammlung mit überwiegender Mehrheit dafür aus, die Anträge Langmeyer, Held und M. Schmidt zusammen vor dem Antrag Gosebruch zu behandeln.

TOP 1. Bericht des Vorsitzenden:

Der Bericht erstreckt sich auf den Zeitraum seit der ordentlichen Mitgliederversammlung am 11. Oktober 1974 in Hamburg. Folgende Mitglieder unseres Verbandes sind seit damals verstorben:

Günter Bandmann, Kurt Bauch, Reinhold Behrens, Erwin Bielefeld, Hermann Bünemann, Kurt H. Busse, Otto Helmut Förster, Paul Grottemeyer, Günther Grundmann, Walter Heil, Johann Hell, Johannes Jahn, Heinrich Kreisel, Kurt Martin, Hans Möhle, Heinrich Theodor Musper, Hans E. Pappenheim, Christian Rauch, Charlotte Schmidt, Fritz Schreiber, Walter-Herwig Schuchhardt, Harald Seiler, Kurt Erich Simon, Wolfgang Stechow, Kate Steinitz, Friedrich Thöne, Martin Weinberger, Hans Wentzel, Kurt Wilhelm-Kästner.

Sie haben sich zu Ehren der Toten von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen. Ein besonderes Wort des Gedenkens möchte ich noch für Günter Bandmann sprechen und daran erinnern, daß er unserem Verband von 1960 bis 1968 als Geschäftsführer gedient hat. Er tat es in der ruhigen und selbstlosen Art, mit der er immer Verantwortung auf sich nahm. Der Verband sollte ihm dafür ein ehrendes Andenken bewahren.

In der Berichtszeit hat der Vorstand seine Bemühungen fortgesetzt, die Arbeit der Denkmalpflege zu unterstützen. Er hat folgende Einzelfälle aufgegriffen: In Schreiben an den Kultusminister, den Oberbürgermeister, die Ratsfraktionen wurden im Mai 1975 schwere Bedenken gegen die damals vorgesehene Bebauung des Geländes an der Ostseite des Kölner Domes geäußert. Die Planungen sind inzwischen modifiziert worden. Über den letzten Stand der Dinge hat Herr Mörsch in der Juli-Nummer der Kunstchronik berichtet. Im November 1974 wurden dem Bürgermeister der Stadt Lübeck und den Ratsfraktionen schwerste Bedenken gegen den damals vorgesehenen Standort für einen Neubau des Hortenkonzerns vorgetragen. Der Vorsitzende konnte sich dabei auf Informationen unseres Kollegen Brix stützen. Im Februar 1976 wurden dem Bürgermeister der Stadt Wolfen-

büttel Bedenken gegen den geplanten Neubau des Karstadtkonzerns vortragen. Über die Probleme, welche dieser Neubau aufwirft, wird Herr Paul in der Kunstchronik berichten. In diesem Zusammenhang sei eine allgemeine Bemerkung gestattet. Die verheerenden Einbrüche in die alten Stadtkerne durch die flächendeckenden Großbauten der Kaufhauskonzerne müßten dringend einmal zusammenfassend dokumentiert werden. Das Unbehagen an diesen monströsen und monotonen Bauten wird anscheinend jetzt auch von ihren Promotoren bemerkt. Daher beginnt man sich zu maskieren und die neuen, nicht weniger flächendeckenden Projekte scheinbar altstadtgerecht zu verpacken. Dafür gibt es mittlerweile landbekannte Beispiele. Wir sollten deutlich sagen, daß sie keine Lösung des urbanistischen Problems, sondern nur dessen Verschleierung sind. Ein diesbezüglicher Antrag liegt der Versammlung vor. In wiederholten Schreiben hat der Vorstand dem Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg seine schweren Bedenken gegen den dreispurigen Ausbau der B 37 am Südufer des Neckars vortragen. In Absprache mit der Bürgerinitiative Erbach hat der Vorstand sich am 18. Juni 1975 in einem Schreiben an den Hessischen Kultusminister zu der geplanten Massivbebauung des dortigen Schloßbereiches geäußert und auf Bitten des Kollegen Gallwitz im Mai 1975 gegen den geplanten Ausbau der Mainuferstraße im Stadtbereich Frankfurt am Schauberg ausgesprochen. Auf Anregung von Kollegin Kier und gemeinsam mit der Fritz-Thyssen-Stiftung hat der Verband im April 1975 in Köln aus Anlaß des Europäischen Denkmalschutzjahres ein Symposium „Die Kunst, unsere Städte zu erhalten“ veranstaltet. Herr Passavant hat darüber in der Kunstchronik berichtet. Eine von Frau Kier redigierte Publikation ist inzwischen erschienen. Der erste Vorsitzende war Mitglied des Deutschen Nationalkomitees für das Europäische Denkmalschutzjahr und hat 1975 und 1976 an der Jahrestagung der Landesdenkmalpfleger in Goslar und Bad Homburg teilgenommen. Im Juni/Juli 1976 hat der erste Vorsitzende Herr Staatssekretär v. Campenhausen im Kultusministerium in Hannover in einem Schriftwechsel Bedenken dagegen vortragen, die jetzt bestehende Dezentralisierung der niedersächsischen Denkmalpflege in einem kommenden Gesetz festzuschreiben. — Zusammenfassend ist zu sagen: eine vierjährige Erfahrung lehrt, daß der Kunsthistorikerverband in Fragen der Denkmalpflege nur eine Stimme unter vielen anderen sein kann. Herr Beseler hat darauf schon in der Hamburger Mitgliederversammlung aufmerksam gemacht. Trotzdem scheint es erwünscht, daß der Verband sich auch in Zukunft in Sachen der Denkmalpflege zu Wort meldet und einsetzt. Teilerfolge bleiben nicht aus, wie das Beispiel Weingarten gelehrt hat. Schließlich gibt es Konstellationen, die es als Pflicht des Berufsverbandes erscheinen lassen, in Sachen der Denkmalpflege Wachsamkeit zu üben. Es gibt erkennbare Versuche, die Position der Kunsthistoriker im Aufgabefeld der Denkmalpflege zu schwächen. Es werden Anstrengungen unter-

nommen, eigene, sich mit unserem Fach nur noch lose berührende Studiengänge für Denkmalpflege einzurichten. Hier muß der Verband im Interesse der Sache wie seiner Mitglieder auf der Hut sein. Kollege Rupprecht hat in Nr. 15 der „Bayerischen Hochschulforschung Materialien“ mit aller wünschenswerten Deutlichkeit zu diesen Absichten Stellung genommen. Das Problem ist jedoch nicht vom Tisch.

In die Berichtszeit fielen die Neuwahlen für die Gutachter bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat den Verband Deutscher Kunsthistoriker erneut aufgefordert, Kandidaten vorzuschlagen. Hierüber hat am 18. 3. 1975 in München eine Sitzung stattgefunden, an der, außer den Mitgliedern des Vorstandes, Herr Busch als Delegierter des Deutschen Museumsbundes, Herr Bornheim als Vertreter der Landesvereinigung der Denkmalpfleger und als Vertreter der Hochschulen der in unseren Beirat gewählte Kollege Gosebruch teilnahmen. Außerdem hat als ortsansässiges Beiratsmitglied Herr Gebeßler an der Sitzung teilgenommen. Dieses Gremium hat den Wahlvorschlag aufgestellt, der den Wahlberechtigten später von der Deutschen Forschungsgemeinschaft unter dem Titel „Unverbindliche Wahlvorschläge eingereicht von den wissenschaftlichen Fachverbänden“, zugeleitet worden ist. In der Hamburger Mitgliederversammlung hatten Herr Schweikhart und ich den Antrag gestellt, der Vorstand möge sich „um die Lage der kunsthistorischen Stipendiaten am Deutschen Studienzentrum in Venedig kümmern. Es soll darauf hingewirkt werden, daß diese Stipendien ebenfalls ausgeschrieben werden“. Entsprechende Bemühungen haben ihr Ziel noch nicht vollständig erreicht, doch steht zu erwarten, daß in der Aussprache kompetente Äußerungen zu dieser Frage erfolgen werden. Hierbei sei aber nicht verschwiegen, daß die allgemeine Situation, in der sich manche unserer Auslandsinstitute befinden, zu Sorgen Anlaß gibt. Die Zukunft des neu gegründeten, freilich nicht auf Kunstgeschichte spezialisierten Studienzentrums in Venedig ist ungesichert. Das Kunsthistorische Institut in Florenz hat im Personalbereich eine drastische Einschränkung hinnehmen müssen, stößt bei unumgänglichen baulichen Maßnahmen auf Verzögerung und Schwierigkeiten. Vielleicht sollte der Verband, sollte sogar diese Versammlung an die verantwortlichen Behörden appellieren und darauf hinweisen, welchen Aktivposten dieses von Wissenschaftlern aus der ganzen Welt aufgesuchte Institut für die deutsche kulturelle Präsenz im Ausland darstellt. Die staatlichen Stellen müßten zu der Einsicht gebracht werden, daß es auch im politischen Interesse liegt, eine solche angesehene wissenschaftliche Einrichtung zu fördern.

Auch an anderen Stellen zeigt sich in besorgniserregender Weise, daß traditionsreiche und gegenwärtig noch durchaus aktive Einrichtungen unseres Faches durch den meist in keiner Weise näher begründeten Entzug staatlicher Subventionen gefährdet werden. Scheint die Situation beim

Deutschen Verein für Kunstwissenschaft inzwischen konsolidiert, so erreichte den Vorstand vor wenigen Tagen ein Hilferuf der Kunstwissenschaftlichen Gesellschaft zu Berlin, welcher der Senator für Wissenschaft und Kunst mit Schreiben vom 9. 6. 1976 die Aufkündigung des jährlichen Zuschusses in Höhe von DM 1 900 ab 1. 1. 1977 angekündigt hat. Es braucht nicht betont zu werden, daß die Kunstwissenschaftliche Gesellschaft für die Kontakte der Berliner Kunstgeschichte mit Kollegen aus dem In- und Ausland heute noch mehr als früher von großer Bedeutung ist. Vielleicht könnte die Versammlung den Vorstand des Verbandes ermächtigen, in einem Schreiben an Senator Heimann ihre Besorgnis und ihr Unverständnis angesichts der vorgesehenen Sparmaßnahmen auszudrücken.

Herbert von Einem hat die durch Beschluß der Mitgliederversammlung in Hamburg angetragene Ehrenmitgliedschaft im Verband mit Schreiben vom 20. 10. 1976 angenommen. Er hat diese Annahme allerdings mit folgendem Satz eingeschränkt: "... werde ich meine Ehrenmitgliedschaft nur so lange beibehalten können, wie der Verband in der Lage sein wird, im Sinne seiner Gründung als Organ einer freiheitlich offenen, nicht dogmatisch verengten Wissenschaftshaltung tätig und wirksam zu bleiben".

Wie den Mitgliedern am 24. Juni 1975 mitgeteilt wurde, war Herr Warnke am 5. Februar des gleichen Jahres auf eigenen Wunsch aus dem Vorstand ausgeschieden. Herr Warnke hatte den ersten Vorsitzenden zuvor gebeten, durch rechtliche Erkundung sicherzustellen, daß dieser Schritt ohne weitere Komplikationen für die Vorstandstätigkeit möglich sei. Er hat die Gründe für sein Ausscheiden in einem kurzen Schreiben an den Vorstand dargelegt. Die verbleibenden Mitglieder des Vorstandes haben Herrn Warnke in einem Schreiben vom 11. Februar 1975 für seine Mitwirkung seit Oktober 1972 und die gute Zusammenarbeit gedankt.

In dem Bericht, welcher vor der Hamburger Mitgliederversammlung erstattet wurde, ist betont worden, daß die Führung der Verbandsgeschäfte, zu denen auch die Kongreßvorbereitung gehört, wieder in die ausschließliche Verantwortung der von der Satzung vorgesehenen Organe gelegt werden solle. So ist in der Zwischenzeit verfahren worden. Der Vorstand hat dem Beirat in einer Sitzung im April 1975 einen ersten Programmvorschlag für den Kongreß unterbreitet, der dann durch viele Anregungen und Wünsche des Beirats korrigiert, erweitert und in mancher Hinsicht offener gestaltet wurde, so daß die Endfassung sehr erheblich von dem ursprünglichen Entwurf abweicht. Andererseits ist zu betonen: die Schwierigkeit, unter den gegenwärtigen Verhältnissen überhaupt Kollegen für die zeitraubende und oft schwierige Aufgabe einer Sektionsleitung zu gewinnen, macht frühzeitige Vorarbeiten und Vorfragen durch den Vorstand aus praktischen Gründen unumgänglich.

Auf die großen Sorgen, zu welchen die Berufsaussichten für unsere neu promovierten Kollegen Anlaß geben, wurde schon zu Beginn des Kongresses

hingewiesen, und dabei sind auch die beunruhigend hohen Studentenzahlen erwähnt worden. Der Vorstand hat wiederholt erwogen, ob es nützlich sein könnte, durch Erstellung einer Statistik der in den kommenden Jahren an Denkmalämtern, Museen, Universitäten und Instituten frei werdenden Stellen eine vielleicht heilsame Aufklärung zu betreiben. Er hat diesen Plan dann aber nicht weiter verfolgt. Die entsprechenden Auskünfte sind schwer zu erhalten. Viele angesprochenen Institutionen würden aus wohl-erwogenen Gründen mit einer Antwort zögern, weil sie negative Folgen für ihren Stellenhaushalt befürchten oder mindestens nicht ausschließen. Auch wäre die Ungenauigkeitsquote erheblich und würde den Aussagewert einer solchen Statistik in nicht geringem Maße relativieren.

Schließlich ist in diesem Zusammenhang noch ein Letztes zu betonen: die Arbeitskraft eines ehrenamtlich tätigen Vorstandes ist nun einmal begrenzt. Welches Maß an Freizeit, an Abenden und Wochenenden die Geschäftsführerin des gegenwärtigen Vorstandes, Frau Dr. Lietzmann, seit 1972 dem Verband geopfert hat, kann wohl nur ermessen, wer ihre Tätigkeit aus der Nähe beobachtet hat. Ich selbst hätte die Vorstandsarbeit nicht leisten können, wenn nicht die in meinem Büro tätige Kraft bereit gewesen wäre, an vielen Abenden und ebenfalls zuweilen an Samstagen und Sonntagen unentgeltliche Überstunden zu leisten. Hier waren einer weiteren Ausdehnung der Vorstandstätigkeit einfach faktische Grenzen gezogen. So bleibt mir am Ende dieses Berichtes und in dem Augenblick, da dieser Vorstand im Begriffe ist, zurückzutreten und seine Tätigkeit zu beenden, nur noch, all jenen Mitgliedern zu danken, die unsere Arbeit durch Unterstützung oder Kritik gefördert haben.

Nachdem Herr Sauerländer die Aussprache über seinen Bericht eröffnet hat, wünscht Herr Mittig Auskunft darüber, welche Gutachter für die DFG gewählt wurden und welche anderen Wahlvorschläge es gab. Herr Sauerländer teilt mit, daß die Herren Arndt, Dreier, Ellger, Haussherr, Hubala, Langner, Legner und Winner vorgeschlagen worden seien. Über das Wahlresultat sei er offiziell nicht informiert worden.

Herr Verspohl übt Kritik am Kongreß; er möchte ein Papier, das er mit einigen Kollegen verfaßt habe und das auch als Stellungnahme des „Ulmer Vereins, Verband für Kunst- und Kulturwissenschaften“ angesehen werden könne, verlesen. Herr Sauerländer betont, daß Herr Verspohl als Verbandsmitglied jedes Papier verlesen könne, bezweifelt aber die Berechtigung, Stellungnahmen anderer Organisationen zu verlesen. Es könne im Verband keine Fraktionen, sondern nur gleichberechtigte Mitglieder geben. Herr Winner stellt den Antrag, die Mitgliederversammlung möge abstimmen, ob Herr Verspohl dieses Papier als ein vom Ulmer Verein aufgestelltes verlesen soll. Bei der Abstimmung sprechen sich 62 für, 83 gegen die Verlesung aus, 13 enthalten sich der Stimme. Nach weiterer Aussprache zieht Herr Verspohl das Papier zurück und beschränkt sich auf die Frage,

wie sich der Vorstand zu folgender Äußerung verhalte: „alle Beteiligten sollten dafür Sorge tragen, daß all das wieder ausgemerzt wird, was der Struktur eines wissenschaftlichen Kongresses widerspricht“ (G. Passavant in einem Bericht über den XIV. Deutschen Kunsthistorikertag in Hamburg, Kunstchronik 28, 1975, S. 83). Herr Sauerländer erwidert, der zitierte Text falle nicht in die Verantwortlichkeit des Vorstandes. Die Beiträge in der Kunstchronik seien von den einzelnen Verfassern zu verantworten. Herr Passavant betont, daß es sich hier um seine Meinungsäußerung handele, die nicht Herrn Sauerländer angelastet werden könne.

Herr von Manteuffel stellt dann den Antrag, 15 Minuten über den Kongreß zu diskutieren. Diesem Antrag stimmt die Mehrheit zu. Herr von Manteuffel möchte Näheres zu Herrn Verspohls Meinung, der Kongreß sei gescheitert, hören. Herr Verspohl lehnt eine Stellungnahme ab. Herr Herding übt Kritik an der Eröffnungsrede von Herrn Sauerländer. Er meint, dem Kongreß habe eine Konzeption mit gegenwartsbezogener Fragestellung gefehlt. Herr Buddensieg erinnert an frühere, von verschiedenen Gruppierungen erarbeitete Kongreßkonzeptionen, die er heute nicht mehr für anwendbar halte. Dieser Kongreß sei ein Versuch gewesen, Gegenwartspektiven neben herkömmlichen Perspektiven zur Geltung kommen zu lassen. Herr Zankl macht den Vorschlag, über die im Bericht des Vorsitzenden erwähnten denkmalpflegerischen Aktivitäten zu sprechen. Herr Schweikhart verliest die Resolution, die er mit den Kollegen Riedl und Schwager zu dem Projekt des Würzburger Großkaufhausbaues verfaßt hat. Die Versammlung stimmt ohne Gegenstimme für die Resolution. Herr Rupprecht ist der Ansicht, die Abstimmung sei leichtfertig gewesen, da die Planung zu wenig bekannt sei. Herr Sauerländer erläutert kurz die Situation in Würzburg.

Herr Lotz berichtet über die Situation des Deutschen Studienzentrums in Venedig, dessen Fortbestand nicht gesichert ist, ferner über die Etat-kürzung am Florentiner Institut. Dort sei die Stelle des Zweiten Direktors gestrichen worden. Er würde es begrüßen, wenn der Vorsitzende in einem Brief an den zuständigen Minister seine Besorgnis darüber zum Ausdruck brächte. Herr Kimpel kritisiert, daß die Mitglieder über den Rücktritt eines Vorstandsmitgliedes unzureichend informiert worden seien. Der Rücktritt sei nicht begründet worden. Der übrige Vorstand habe keine Erklärung abgegeben. Diejenigen, die dieses Vorstandsmitglied gewählt hätten, besäßen ein Recht auf Information. Herr Sauerländer fragt Herrn Warnke, ob er mit der Verlesung seines Rücktrittsschreibens einverstanden sei. Herr Warnke meint, er sei nicht rechenschaftspflichtig, stimmt einer Verlesung jedoch zu. Herr Sauerländer verliest den Brief von Herrn Warnke und das Antwortschreiben der übrigen Vorstandsmitglieder. — Zur Stellenausschreibung von Stipendien wünscht Herr Langemeyer, daß auch am Zentralinstitut für Kunstgeschichte alle Stellen und die Stipendien ausgeschrieben

werden. Daraufhin erläutert Herr Sauerländer, auf welche Weise die von einzelnen Bundesländern am ZI eingerichteten Stipendien bekannt gemacht werden. Die Frage der Stellenausschreibung sei ein getrenntes, auch behördenrechtlich anders liegendes Problem. Herr Herding wünscht, daß den Mitgliedern die gewählten DFG-Gutachter und auch die vorgeschlagenen, aber nicht gewählten bekanntgegeben werden. Er wiederholt seine Feststellung, der Verband habe in der letzten „Amts“-Periode Schaden genommen, und meint, das Ansehen könne gewahrt und vermehrt werden, wenn die unterschiedlichen Auffassungen in der Vorstands- und Beiratsstruktur zur Geltung kämen. — Herr Zahlten berichtet zum Wechsel in der Leitung des Landesdenkmalamtes in Baden-Württemberg, daß der in Aussicht genommene Jurist seit ca. 5 Semestern an kunstgeschichtlichen Seminaren teilnehme. Auf die Frage von Herrn Sauerländer, ob die Versammlung ein Schreiben in dieser Angelegenheit an den Ministerpräsidenten Filbinger befürworte, stimmt die Versammlung mit Mehrheit zu. Bezüglich der Berliner Kunstgeschichtlichen Gesellschaft erläutert Herr Börsch-Supan die Situation. Er bittet den neuen Vorstand, an den Berliner Senat zu schreiben, damit die Streichung von DM 1 900, die für den Druck der Sitzungsberichte verwendet werden, aufgehoben wird. Die Aussprache über den Bericht des Vorsitzenden ist damit beendet.

TOP 2. Kassenbericht des Geschäftsführers:

Der Kassenbericht wird erstattet für die Zeit vom 17. August 1974 bis 12. August 1976. Mitte August d. J. betrug die Zahl der Mitglieder 1035. Während der Berichtszeit sind 28 Mitglieder verstorben, 87 in den Verband eingetreten, 42 ausgetreten bzw. ihre Mitgliedschaft wurde aufgrund von §4 der Satzung gestrichen. Der hier vorgelegte Kassenbericht schließt am 12. August mit dem Kontostand von DM 31 618,62; davon entfallen auf das Girokonto DM 7 325,37, auf das Festgeldkonto DM 24 280,09; in der Barkasse befanden sich DM 13,16. Die Einnahmen betragen DM 106 152,14, die Ausgaben DM 74 533,52. Der Kassenbericht wurde von Oberamtsrat W. Czech vom Bayerischen Nationalmuseum geprüft und für richtig befunden. Auf die Einnahmen und Ausgaben entfallen an durchlaufenden Geldern: 1. ein Betrag von DM 26 250,00, der vom Giro- auf das Festgeldkonto und umgekehrt, bzw. vom Girokonto in die Barkasse gebucht wurde; 2. DM 18 257,29, die an den Verlag Hans Carl für den Bezug der „Kunstchronik“ von derzeit rd. 360 Mitgliedern weitergeleitet wurde.

An größeren Beträgen wurde ausgegeben:

Druckkosten	DM 8 455,51
Reisekosten	DM 3 407,65
Telefon- und Portogebühren	DM 6 833,91
Büromaterial	DM 789,06
Schreib- und Hilfskräfte	DM 432,00

Mitgliederversammlung in Hamburg DM 2 145,83
Zuschuß für den Kunsthistorikertag in München DM 5 000,00

Herr Herding kritisiert, daß am Tage der Mitgliederversammlung zwei Eintrittswillige zurückgewiesen wurden. Nach der Rechtsauskunft, die er erhalten habe, sei dies rechtswidrig. Neueintritte müßten bis unmittelbar vor der Mitgliederversammlung möglich sein. Herr Sauerländer bemerkt, daß er ebenfalls Rechtsauskunft eingeholt habe. Danach müßten die Unterlagen verteilt werden, es bestünde keine Verpflichtung, die Aufnahme-gesuche zu bearbeiten. Frau Lietzmann betont, daß es aus Zeitgründen nicht möglich sei, neue Mitglieder bis kurz vor der Mitgliederversammlung aufzunehmen.

TOP 3. Entlastung des Vorstandes:

Herr Zankl beantragt die Entlastung des Vorstandes. Bis auf drei Enthaltungen stimmen die Anwesenden diesem Antrag zu.

TOP 4. Neuwahl von Vorstand und Beirat:

Herr Sauerländer bittet die Versammlung, einen Wahlleiter zu benennen. Herr Lotz schlägt dafür Herrn Belting vor, Herr Herding Herrn Beck. Die Versammlung spricht sich bei der Abstimmung mit eindeutiger Mehrheit für Herrn Belting als Wahlleiter aus. Herr Belting übernimmt die Wahlleitung, er bittet um Mithilfe bei der Wahlprozedur und um den praktischen Beistand von Frau Lietzmann. Gewählt wird nach der noch gültigen Satzung, wobei sich, wie Herr Sauerländer ausführt, hinsichtlich der Funktion des zweiten Vorsitzenden und des Geschäftsführers bei Bestätigung der am 15. 9. verabschiedeten Satzungsänderungen durch das Registergericht keine die Wahlentscheidungen berührenden Verschiebungen ergeben.

Herr Belting bittet um Wahlvorschläge. Herr Winner schlägt Herrn Ellger vor. Er begründet das damit, daß der erste Vorsitzende ein Mann sein solle, der aus dem Methodenstreit der Hochschulen herausgehoben und als Denkmalpfleger ein Mann des Ausgleichs und des praktischen Handelns sei. Herr Klamt schlägt Herrn Klotz vor. Herr Gosebruch schlägt vor, Herr Sauerländer zu befragen, ob er nochmals kandidieren wolle. Herr Sauerländer bittet um Verständnis dafür, daß er nicht mehr kandidieren könne. Herr Dasser schlägt Herrn Gebeßler vor. Herr Belting bittet die Benannten um eine Äußerung zur Kandidatur. Herr Ellger stellt sich der Wahl. Herr Klotz ist ebenfalls bereit zu kandidieren. Herr Gebeßler lehnt im Hinblick auf Herrn Ellger ab. Auf Aufforderung des Wahlleiters äußern sich beide Kandidaten zur Person und ihrer Tätigkeit. Sodann wählt die Versammlung den ersten Vorsitzenden. Um 18.05 Uhr gibt Herr Belting das Ergebnis bekannt: abgegebene Stimmen 210, für Herrn Ellger 126 Stimmen, für Herrn Klotz 77 Stimmen, 1 Stimme für Frau Lietzmann, 6 ungültige Stimmen. Damit ist Herr Ellger zum ersten Vorsitzenden gewählt.

Herr Belting fragt Herrn Ellger, ob er die Wahl annähme und ob er Vorschläge für den künftigen Vorstand, mit dem er zusammenarbeiten möchte, habe. Herr Ellger, der die Wahl annimmt, dankt für das ihm entgegengebrachte Vertrauen. Er brauche im Vorstand einen Vertreter der Museen und einen der Hochschulen. Dafür schlägt er Herrn Bott und Herrn Kauffmann vor. Ferner schlägt er Frau Claussen vor. Als Geschäftsführer solle weiterhin Frau Lietzmann tätig sein.

Herr Großmann erinnert daran, daß er in Nürnberg vorgeschlagen habe, den Geschäftsführer ohne Aussprache per Akklamation zu wählen. Er beantragt, auch jetzt so zu verfahren. Auf die Frage, ob die Vorstandsmitglieder en bloque gewählt werden können, gibt Herr Mittig die Auskunft, die Entscheidung über das Wahlverfahren sei über jeden Wahlvorgang getrennt zu treffen. Mit vier Enthaltungen stimmt die Versammlung dem Antrag von Herrn Großmann zu. Frau Lietzmann wird mit 1 Nein-Stimme bei 7 Stimmenthaltungen wieder zum Geschäftsführer gewählt. Frau Lietzmann nimmt die Wahl an und dankt für das ihr entgegengebrachte Vertrauen. Herr Mittig beantragt für die folgenden drei Wahlen schriftliche Abstimmung.

Herr Belting leitet unter Hinweis auf den Vorschlag, Herrn Bott zu wählen, die Wahl des zweiten Vorsitzenden ein. Hierzu sagt Herr Lotz, daß Herr Bott ihn ermächtigt habe, der Versammlung mitzuteilen, daß er einer Kandidatur zustimme. Auf die Anfrage von Herrn Großmann sagt Herr Ellger, daß Herr Bott der zweite Vorsitzende und somit nach der neuen Satzung sein Stellvertreter sein solle. Herr Herding schlägt als zweiten Vorsitzenden Frau Claussen, Herr Großmann Herrn Klotz vor. Herr Klotz kandidiert nicht, Frau Claussen nimmt zunächst die Kandidatur an, zieht sie dann aber für dieses Amt zurück. Bei der Wahl entfallen von 174 abgegebenen Stimmen 97 auf Herrn Bott, 4 auf Frau Claussen, 2 auf Herrn Gebeßler, 1 für Herrn Gosebruch, 2 auf Herrn Hubala, 1 auf Herrn Kauffmann, 2 auf Herrn Klotz, 1 auf Herrn Rupprecht, 1 auf Herrn Sauerländer, ferner wurden abgegeben 30 Stimmenthaltungen, 25 Nein-Stimmen, 7 ungültige Stimmen. Somit ist Herr Bott gewählt. Herr Lotz ist ermächtigt zu sagen, daß Herr Bott die Wahl annimmt.

Für den Stellvertreter des ersten Vorsitzenden ist Herr Kauffmann vorgeschlagen. Herr Belting fragt nach weiteren Vorschlägen. Herr Herding schlägt Herrn Langemeyer vor. Beide Kandidaten stellen sich kurz vor. Bei der Wahl entfallen von 148 abgegebenen Stimmen 73 auf Herrn Kauffmann, 62 auf Herrn Langemeyer, 1 auf Herrn Haussherr, 10 Stimmenthaltungen, 2 ungültige Stimmen. Herr Kauffmann ist damit gewählt, er nimmt die Wahl an. Herr Mittig fragt, ob Herr Kauffmann die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten habe, was von Herrn Belting verneint wird. Herr Mittig stellt fest, daß Herr Kauffmann somit nicht gewählt sei. Herr Gall bemerkt, daß die einfache Mehrheit genüge. Herr Mittig erhebt gegen

die Feststellung des Wahlleiters, daß Herr Kauffmann gewählt sei, Einspruch. Dieser Einspruch wird zu Protokoll genommen.

Für den Stellvertreter des zweiten Vorsitzenden hat Frau Claussen die Kandidatur bereits angenommen. Herr Herding schlägt für dieses Amt Herrn Langemeyer vor, der eine Kandidatur nicht annimmt. Herr Buddensieg plädiert dafür, Frau Claussen per Handzeichen zu wählen. Herr Mittig zieht seinen Antrag auf schriftliche Wahl zurück. Herr Kuhn erhebt Einspruch gegen die Wahl per Handzeichen. Folglich wird wiederum schriftlich abgestimmt. Das Ergebnis lautet: von 137 abgegebenen Stimmen erhält Frau Claussen 113, Herr Werner Busch 1, Herr Kimpel 1, Herr Langemeyer 1, 7 Nein-Stimmen, 14 Stimmenthaltungen.

Der neue Vorstand setzt sich dementsprechend folgendermaßen zusammen:

1. Vorsitzender: Prof. Dr. Dietrich Ellger, Landeskonservator von Westfalen-Lippe in Münster

2. Vorsitzender: Prof. Dr. Gerhard Bott, Generaldirektor der Museen der Stadt Köln

Geschäftsführer: Dr. Hilda Lietzmann, München

Stellvertreter des

1. Vorsitzenden: Prof. Dr. Georg Kauffmann, Institut für Kunstgeschichte der Universität in Münster

Stellvertreter des

2. Vorsitzenden: Dr. Hilde Claussen, Westfälisches Landesamt für Denkmalpflege in Münster

Es folgt die Wahl des Beirats. Auf Vorschlag der einzelnen Berufsgruppen werden als Kandidaten benannt a) Museen: Herr Himmelheber, als Stellvertreter Herr Strieder, b) Hochschulen: Herr Werner Busch, als Stellvertreter Herr Schweikhart, c) Denkmalpflege: Herr Breuer, als Stellvertreter Frau Debold-Kritter, d) Freie Berufe: Frau Wehrhahn-Stauch, als Stellvertreter Herr Heuser. Alle Kandidaten stimmen einer Wahl zu. Sie werden en bloque mit 1 Nein-Stimme und 5 Stimmenthaltungen gewählt.

Der Beirat setzt sich somit folgendermaßen zusammen:

Fachgruppe Museen: Dr. Georg Himmelheber, München

Stellvertreter Dr. Peter Strieder, Nürnberg

Fachgruppe Hochschulen,

Akademien, Forschungs-

institute:

Dr. Werner Busch, Bonn

Stellvertreter

Dr. Gunter Schweikhart, Würzburg

Fachgruppe Denkmalpflege:

Dr. Tilmann Breuer München

Stellvertreter

Dr. Astrid Debold-Kritter, München

Fachgruppe Freie Berufe:

Dr. Liselotte Wehrhahn-Stauch, Saarbrücken

Stellvertreter

Dr. Hans-Jörgen Heuser, Marxen am Berge

Herr Gall vertritt die Ansicht, daß entsprechend der Neufassung der Satzung noch der Studentenbeauftragte zu wählen sei. Nach kurzer Erörterung, ob es zulässig sei, daß die Mitgliederversammlung schon jetzt einen Beauftragten für studentische Fragen wähle, einigt man sich, dies angesichts der Dringlichkeit zu tun. Die Versammlung benennt folgende Kandidaten: Horst Bredekamp, Lorenz Dittmann, Konrad Hoffmann, Fritz-Eugen Keller, Jürgen Paul und Robert Suckale. Herr Keller zieht seine Kandidatur zugunsten von Herrn Bredekamp zurück, Herr Suckale ist nicht bereit zu kandidieren. Bei der schriftlichen Abstimmung wird folgendes Ergebnis erzielt: bei 95 abgegebenen Stimmen entfallen 40 auf Herrn Dittmann, 26 auf Herrn Bredekamp, 24 auf Herrn Paul, 3 Stimmenthaltungen, 2 ungültige Stimmen. Herr Dittmann nimmt die Wahl an.

Damit sind die Wahlen abgeschlossen.

Herr Sauerländer erklärt den Rücktritt des bisherigen Vorstandes und übergibt das Amt mit guten Wünschen an den neuen Vorstand. Herr Schwager dankt dem bisherigen Vorstand für die geleistete Arbeit. Herr Sauerländer gibt diesen Dank an seine Mitarbeiter weiter und betont, er habe bei der Vorstandsarbeit vieles gelernt und gerade auch aus dem Zusammenwirken mit Herrn Warnke. Er hoffe, daß der Verband in Zukunft aus den Gegensätzen herauskomme und seine Arbeit offen nach allen Seiten fortsetzen könne.

Herr Ellger übernimmt die Leitung der Versammlung. Er wiederholt zunächst den Dank an den zurückgetretenen Vorstand. Im Hinblick darauf, daß nur noch $\frac{1}{2}$ Stunde Zeit zur Verfügung stehe, schlägt er vor, die übriggebliebenen Tagesordnungspunkte auf die nächste Mitgliederversammlung zu vertagen. Herr Winner erhebt diesen Vorschlag zum Antrag. Herr Verspohl stellt den Gegenantrag, in der letzten halben Stunde über die Berufssituation zu beraten. Die Versammlung entscheidet sich für den Antrag von Herrn Winner.

Frau Lietzmann äußert sich noch zum Tagungsort des XVI. Deutschen Kunsthistorikertages. Es läge 1. eine Einladung des Oberbürgermeisters von Würzburg vor, 2. sei während des laufenden Kongresses eine Einladung des Oberbürgermeisters von Düsseldorf eingetroffen. Die Einladung von Hannover sei auf 1980 verschoben. Nach kurzer Diskussion macht Herr Lotz den Vorschlag, die Entscheidung über die Ortswahl dem Vorstand zu überlassen. Die Versammlung stimmt diesem Vorschlag zu.

Ende der Mitgliederversammlung 20.35 Uhr.

PROTOKOLL DER AUSSERORDENTLICHEN MITGLIEDER- VERSAMMLUNG AM 15. SEPTEMBER 1976

Der Vorsitzende, Herr Sauerländer, eröffnet um 14.20 Uhr die Versammlung, die nach § 10 der Satzung ordnungsgemäß und termingerecht einberufen worden und beschlußfähig ist. 165 Mitglieder sind zur Versammlung erschienen. Einziger TOP ist im Anschluß an die Mitgliederversammlung vom 11. 10. 1974 in Hamburg die Satzungsänderung. Nach eingehender Aussprache entscheidet sich die Mitgliederversammlung mit der notwendigen dreiviertel Stimmenmehrheit für folgende Satzungsänderungen:

§ 6

Der Vorstand besteht aus dem ersten Vorsitzenden, dem zweiten Vorsitzenden, dem Geschäftsführer und zwei weiteren Mitgliedern. Im Sinne von § 26 BGB vertreten der erste Vorsitzende und der Geschäftsführer den Verband gerichtlich und außergerichtlich. Der zweite Vorsitzende übernimmt beim Ausscheiden des ersten Vorsitzenden oder des Geschäftsführers die gerichtliche und außergerichtliche Vertretung an dessen Stelle. Der Vorstand regelt seine Geschäftsordnung selbst. Er ist berechtigt, Hilfskräfte einzustellen. Der Vorstand wird für vier Jahre von der Mitgliederversammlung gewählt. Die Mitglieder des Vorstandes werden einzeln gewählt. Wiederwahl ist zulässig. Nach Ablauf seiner Amtsdauer behält der Vorstand seine Befugnisse so lange, bis eine neue Mitgliederversammlung stattgefunden hat.

§ 7

Der Beirat besteht aus je einem Vertreter folgender Gruppen:

a) Museen; b) Hochschulen, Akademien, Forschungsinstitute; c) Denkmalpflege; d) andere Berufszweige. Die Mitgliederversammlung wählt auf Vorschlag der Gruppen die Mitglieder des Beirats und je einen Stellvertreter auf vier Jahre. Die Vertreter im Beirat beraten den Vorstand in Angelegenheiten ihrer Berufsgruppen. Dem Beirat gehört ein Beauftragter für studentische Fragen an, der von der Mitgliederversammlung aus ihrer Mitte gewählt wird.

Aufgrund der Neufassung von § 6 wird von § 9 der erste Satz gestrichen, so daß dieser Paragraph nunmehr lautet:

Der Vorstand bestimmt die Richtlinien für die Tätigkeit des Verbandes. Er verwaltet die Mittel des Verbandes. Die Mittel sind für die Aufgaben des Verbandes zu verwenden. Über die Verwendung ist der Mitgliederversammlung des Kunsthistorikertages Bericht zu erstatten.

Herr Sauerländer bedauert, daß er die weiteren Paragraphen der Satzungsänderung an den nächsten Vorstand übergeben müsse und erklärt um 18.15 Uhr die außerordentliche Mitgliederversammlung für beendet.

Der erste Vorsitzende und der Geschäftsführer sowie die Änderung der §§ 6, 7 und 9 der Satzung wurden am 17. 1. 1977 vom Amtsgericht München in das Vereinsregister (Nr. 4325) eingetragen.